

Kanzelrede in der Kreuzeskirche Essen am 26. Februar 2023

„Wahrheit und Wahrhaftigkeit. Eine Suche.“ – das ist das Thema dieses Jahres hier in der Kreuzeskirche. Wahrlich ein großes, ein übergroßes Thema. Sie erinnern sich gewiss an die Pilatus-Frage: „Was ist Wahrheit“. Und das Schweigen Jesu auf diese Frage. Seine Antwort war sein Leben und Sterben, wie es in der Bibel bezeugt ist. Und so beschäftigt uns, soll ich gar sagen: quält uns, die Wahrheitsfrage seit Anbeginn des Menschen, seit der Vertreibung aus dem Paradies. Vielleicht ist das ja der eigentliche Kern des Vertriebens: Dass wir immer auf der Suche nach der Wahrheit sind, dass wir zur Freiheit der Suche nach der Wahrheit verurteilt sind. Niemand kann sagen, er habe sie, er sei in ihrem Besitz. Manche vielleicht dürfen sagen, die Wahrheit habe sie, die Wahrheit habe sie berührt. Vielleicht. Ich weiß es nicht.

Aber eines weiß ich: Wer dies nicht sagen darf, das sind die Politiker. Aber als solcher, als politisches Weltkind spreche ich zu Ihnen. Und deshalb beginne ich mit ein paar schlichten, einfachen Feststellungen.

In der Politik geht es nicht um Wahrheit, schon gar nicht um absolute Wahrheit! Die Politik ist die Sphäre des Relativen. In ihr geht es um besser oder schlechter, nicht um Erlösung, sondern um die Lösungen erkannter Probleme, um die Überwindung von Not und von Ungerechtigkeit, um Zukunftsgestaltung. In der Politik geht es um das Wohl der Menschen. Und nicht um ihr Heil.

Wenn Politik sich anmaßt Religion zu werden, sich um das Heil kümmern zu wollen, wenn sie Erlösung verspricht, dann wird es gefährlich. Dann läuft Politik Gefahr in totalitäre Herrschaft abzugleiten. Wir haben das im 20. Jahrhundert erlebt. Und ich habe biographische Erfahrung damit: Die DDR war eben auch eine weltanschauliche Erziehungs-Diktatur (die zum Glück gescheitert ist) und der Kommunismus war eine missbrauchbare säkulare Heils-Verheißung, die unendlich viele blutige Opfer erzeugt hat. (Was sein historisches Gegenüber, auf das der Kommunismus eine Antwort sein sollte, der kolonialistische Kapitalismus, nicht in ein milderes Licht taucht, im Gegenteil.)

Wir haben jedenfalls jedem Allmachtsanspruch von Politik zu widerstehen, jedem Allmachtsversprechen zu misstrauen! Die zerstören die Demokratie – also die politische Lebensform der Freiheit.

Politiker sind eben keine Götter, noch nicht einmal Halbgötter in Grau (auch wenn manche sich ein wenig so dünken oder so aufführen mögen).

Die Unterscheidung von Religion und Politik, die Abwehr der Sakralisierung von Politik wie der Politisierung von Religion gleichermaßen, also die Entlastung der Politik von der Wahrheitsfrage - das befreit demokratische Politik zu ihrer eigentlichen Aufgabe: Nämlich der gemeinschaftlichen Lösung gemeinsamer Aufgaben in der Gesellschaft, der Suche nach Mehrheiten dafür, nach Kompromissen, nach Interessenausgleichen um entsprechende Entscheidungen zu fällen, also Macht auszuüben, Kontrolle auszuüben, Macht abzugeben...

Damit ist die Wahrheitsfrage allerdings nicht aus der Welt. Aber die Politik hat sich in Selbstbescheidung zu üben und die Entscheidung über Wahrheit, den Wissenschaften, der Philosophie und Theologie zu überlassen, insgesamt dem Diskurs und Streit in der Kultur-Gesellschaft.

Nun, wenn es denn in der Politik nicht um Wahrheit gehen soll, dann doch wenigstens und immerhin um Wahrhaftigkeit.

Gewiss. Aber hoffentlich nicht in dem heruntergekommenen Sinn des Slogans, mit dem das ZDF für die Talkshow „Markus Lanz“ wirbt: „Ein kleiner Moment Wahrhaftigkeit“! Und gemeint ist damit der Stil des Insistierens, Dazwischenredens, Nichtausredenlassens, Indieeckeltreibens, damit dem attackierten Politiker endlich der Satz herausrutscht, auf den man ihn dann festnageln, dem man ihm fürderhin unter die Nase reiben kann. (Das ist bestenfalls politisches Unterhaltungsfernsehen, eben Show und nicht mehr. Um Wahrhaftigkeit geht es dabei gerade nicht.)

„Authentizität“ – dieser Begriff ist inzwischen ein modisches Zauberwort geworden, eine Übersetzung von Wahrhaftigkeit. Man solle mit sich selbst identisch sein! Das ist der Anspruch. Und die Aufforderung heißt: Sei besonders, unterscheide dich, finde dich selbst, lebe deine Individualität, sei dein eigenes Projekt! Das mag ja so sein und in der Sphäre der Kultur angemessen und da auch gelingen. Aber was soll das in der Politik? Hier geht es eben nicht ums Selbst-Sein!

Für mich ist der ein authentischer (wahrhaftiger) Politiker, dem es nicht um Selbstinszenierung, um das Primat des Ich, sondern um das Primat der Anderen geht! Das nennt man Verantwortung übernehmen und tragen. Und das ist etwas durchaus anderes als Identitätspolitik für´s Eigene, sondern Einsatz für´s gemeine Wohl, für solidarischen Ausgleich und Gerechtigkeit. Das ist nicht immer glänzend, sondern ziemlich grau und hässlich und schweißtreibend und enttäuschungsbehaftet. Aber so ist demokratische Politik halt.

Sie kennen sicher den Spruch: In der Politik soll man sagen, was ist, und tun, was man sagt. (Ich habe diese politische Weisheit ziemlich oft von Johannes Rau gehört.) Das trifft. Und meint doch zugleich: Du darfst, kannst, musst als Politiker nicht alles sagen, weil du nicht alles tun kannst. Jedenfalls nicht in dem gegebenen Moment. Große Plauderer sind im Allgemeinen keine großen Politiker.

Und doch ist die Formel richtig: Gute Politik beginnt mit dem Aussprechen, was ist. (Ein einfacher Satz, der von Sozialdemokraten gern Ferdinand Lassalle zugeschrieben wird.) Aber so leicht ist es trotzdem nicht. Schließlich ist das was Menschen für Wirklichkeit, für Tatsachen halten, ziemlich umstritten, ist Interpretation. Erst recht in einer so individualisierten und pluralistischen Gesellschaft wie der unsrigen. Mich beunruhigt jedenfalls die Beobachtung, dass es zunehmend schwieriger wird, sich auf ein – wenigstens annähernd – gemeinsames Verständnis der Wirklichkeit, also der drängenden und zu lösenden Probleme zu einigen. Es wird sehr viel „quer“ – gedacht – gemeint – gefühlt und zwar mit immer heftigerem Wahrheits- und Authentizitäts-Anspruch! Denken Sie etwa an die drei vergangenen Pandemiejahre.

Das ist doch unübersehbar und unüberhörbar: Die Stimmung ist insgesamt gereizter geworden, die Auseinandersetzungen werden schärfer, die Aggressivität nimmt zu. Und es ist nicht mehr nur der altvertraute politische Parteienstreit, nicht mehr nur das Austragen der gewohnten sozialökonomischen Verteilungskonflikte, sondern es ist mehr denn je eine Auseinandersetzung auf kultureller Ebene. Ich meine jedenfalls eine Art Kultur-Kampf-Klima zu verspüren.

Ich erinnere nur an die Zuspitzung identitätspolitischer Auseinandersetzungen, an den Streit um Gender, um Rassismus, um Postkolonialismus, auch um Religion. So meinte man etwa in Münster, ein Kreuz aus einem historischen Saal entfernen zu müssen, oder einen Bibelspruch an der Kuppel des Humboldt Forums in Berlin überblenden zu sollen. Wir erleben die Tabuisierung von bestimmten Worten, die Tilgung von Geschichte, die Radikalisierung von politisch-moralischen Verdächtigungen und auch von Verfeindungen...

Ich breche hier ab und stelle meine Grundüberzeugung dagegen: Wenn Vielfalt, Diversität, Pluralität friedlich und produktiv gelebt werden sollen, dann müssen sie mehr und anderes sein als das bloße Nebeneinander (oder gar Gegeneinander) sich voneinander nicht nur unterscheidender, sondern abgrenzender Identitäten und Minderheiten. Dann müssen sie mehr sein als das Gegeneinander von Ansprüchen und Betroffenheiten!

Vielfalt erzeugt jedenfalls nicht von selbst Gemeinschaftlichkeit! An der und für die müssen wir immer neu und immer wieder arbeiten!

Ich erinnere an die Erfahrung mit der Corona-Pandemie. Das war mehr als der unvermeidliche Streit um Einschränkungen, um verpflichtende Regeln, zum Beispiel um das Pro und Contra einer Impfpflicht (für die und gegen die es nachvollziehbare Argumente gibt). Es war mehr. In vielen Äußerungen war in den vergangenen Monaten und Wochen (z.B. zum Vorschlag einer sozialen Pflichtzeit, den der Bundespräsident gemacht hat) wahrzunehmen, wie verbreitet die Vorstellung ist, dass Pflicht gleich Zwang sei. Pflicht habe „bevormundenden Charakter“, sagte eine stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Ethikrates. Und man denkt dabei an solche Bevormundungen wie Schulpflicht oder Gurtpflicht oder Steuerpflicht und überlegt, wie sehr sie wohl unsere Freiheit einschränken mögen.

Nicht der Streit ist ärgerlich (er gehört zu einer liberalen Demokratie), sondern mich irritiert die ideologische Überhöhung von Ablehnungen. Sichtbar wird ein problematisches Freiheitsverständnis: Autonomie, (miss-)verstanden als selbstbestimmte, individuelle Selbstverwirklichung gilt ja als der höchste Wert unserer Gesellschaft. Regisseur des eigenen Lebens zu sein, das ist ein schönes Bild dafür – und ein verräterisches: Die Anderen, die Mitmenschen sind dann wohl die Assistenten, gar die Statisten meiner Lebensregie. Freiheit bekommt auf diese Weise Fetisch-Charakter, als habe man sie von Natur aus, als sei sie Eigentum. Und wird so zum Gegenstück des Sozialen, zum Widerpart von Solidarpflichten!

Was mich ärgert, Sie merken es, ist die tiefe Politik- und Sozialvergessenheit des grassierenden, oberflächlichen Freiheitsverständnisses! Ist das Herunterdimmen von Freiheit und Wahrheit zu einem Ausdruck von Befindlichkeiten, von Identitätsansprüchen gegen Andere!

Wie wollen wir mit einem solchen individualistischen und entsolidarisierenden Freiheitsverständnis, mit einem so subjektivierten Authentizitäts- und Wahrheitsanspruch die vor uns liegenden dramatischen Herausforderungen meistern. Es wäre doch gut, wir würden aus der Pandemiekrise lernen: Unseren egozentrischen Freiheitsnarzissmus zu erkennen und zu überwinden! Und Freiheit begreifen und praktizieren als die vernünftige Einsicht in die Notwendigkeit verantwortlichen Handelns, also auch in Beschränkungen und Regeln. Um der Solidarität mit den verletzlichen Anderen willen, um unserer Demokratie willen und um unserer globalen Zukunft willen.

Schon vor 30 Jahren hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Gedächtnisvorlesung für die Geschwister Scholl das Treffende gesagt: „Wenn die Freiheit nur dem privaten Wohlbefinden dient, wenn sie sich lediglich auf einem Markt der Güter und Medien betätigt, der unter unzureichenden moralischen und sozialen Rahmenbedingungen das Vorteilsstreben begünstigt, wenn die Freiheit eine Toleranz ohne Anteilnahme bleibt, wenn sie also die Schicksale der Anderen gleichgültig geschehen lässt, kurz: Wenn Freiheit nicht in Solidarität mündet, dann bleibt sie auf die Dauer nicht lebensfähig“.

Genau darum geht es in dem, was wir nun „Zeitenwende“ oder „Epochenumbruch“ nennen – weit über das neue Ernstnehmen des Militärischen, weit über Sicherheitspolitik hinaus.

Es gilt auszusprechen, was ist: Wir leben in einer Zeit sich beschleunigender Veränderungsdramatik, der Gleichzeitigkeit verschiedener krisenhafter und umwälzender Entwicklungen und ängstigender Probleme, die nicht erlauben, einfach so weiterzumachen, weiterzumachen wie gewohnt.

Ich benenne sie nur in Stichworten:

- die von vielen Menschen als bedrohlich empfundenen Beschleunigungen und Entgrenzungen ökonomischer, technischer und wissenschaftlicher Art, die der Begriff Globalisierung zusammenfasst;
- die Migrationschübe – mit den ihnen folgenden Anstrengungen und Konflikten der Integration;
- die weitere ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralisierung unserer Gesellschaft, die keine Idylle sein wird;
- die Veränderungen der Arbeitswelt durch die digitale Transformation und die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz: was und wen wird sie überflüssig machen, wer bleibt zurück;

- die fundamentale ökologische Bedrohung, die radikale Änderungen unserer Produktions- und Konsumtionsweise und insgesamt unseres Lebensstils verlangt und eine Politik der Abkehr vom Wachstumszwang;
- die Ängstigungen durch Terrorismus, Gewalt, kriegerische Konflikte
- und zuletzt der Aggressionskrieg Putin-Russlands gegenüber der Ukraine mit seinen Folgen für unser Land, unseren Kontinent, unseren Globus

Im Zusammenhang mit dem letzten Ereignis hat Bundeskanzler Scholz den Begriff Zeitenwende ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Es ist mit Sicherheit ein tiefer historischer Einschnitt, eine tiefe Erschütterung, eine höchst folgenreiche Wendung der Geschichte.

Welch` Unterschied zu der positiven Wendung der Geschichte 1989/90, nach der wir von einem goldenen Zeitalter des Friedens träumten. Jetzt sind manche, aber wohl noch nicht alle Folgen dieses tiefen negativen Einschnittes sichtbar: eine neue Hochrüstungsphase mit ihren fatalen nicht nur materiellen Kosten, neue (alte?) Konfrontationen, ökonomische und soziale und finanzielle Zuspitzungen und Belastungen. Was wird aus der überlebensnotwendigen ökologischen Transformation, die wir brauchen, um die Klimakatastrophe zu verhindern? Was wird aus den sozialen und ökonomischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Welt?

Und: Was wird aus unserem deutschen Erfolgsmodell? Die Grundlage für unseren ökonomischen Wohlstand und unsere politische und soziale Stabilität waren ja Verlagerungen: Für unsere Sicherheit waren die USA verantwortlich, unsere Rohstoffbasis war Russland und unser expandierender Absatzmarkt war China. Das machte alles so schön billig. Wir Deutschen haben die Kosten unseres Wohlstands und unserer Freiheit nicht alle selbst bezahlt! Dass dies so nicht bleiben wird, das wird eine erhebliche Herausforderung für das Innere unserer Gesellschaft, für deren sozialen Zusammenhalt werden! Genau dies ist das Moment des Krisenhaften an dem, was uns seit dem 24. Februar beschäftigt. Und das auszusprechen, ist eine Frage der Wahrhaftigkeit.

Jetzt wird sich erweisen müssen, ob unsere Demokratie eine Schönwetterdemokratie (gewesen) ist. Denn die Existenzgrundlagen der Bundesrepublik waren doch wirtschaftliches Wachstum und stabile Wohlstandsmehrung. Das begründete und ermöglichte die Stabilität unserer Demokratie. Was wird aus ihr werden, wenn diese Grundlage für unabsehbare Zeit nicht mehr so sicher ist wie gewohnt. Wenn die materiellen und kulturellen Verteilungskonflikte sich – nicht nur in unserem Land, sondern global – verschärfen? Das ist die entscheidende Frage bei dem, was Zeitenwende wirklich bedeutet und bedeuten muss, weit über das Militärische hinaus.

Es ist jedenfalls viel, sehr viel, was individuell und kollektiv zu bewältigen ist: Das Erleben einer „Welt in Unordnung“, einer zersplitterten, gespaltenen Gesellschaft im Streit. Es ist sehr viel, was demokratische Politik für uns und mit uns Bürgern gleichzeitig zu bearbeiten und zu lösen hat.

Und die Christen? Wir Christen, sollten um Verständnis für demokratische Politik, für demokratische Politiker werben, deren Handeln und Entscheiden immer unter Unsicherheits-, unter Unwägbarkeitsbedingungen stattfindet. Wir Christen wissen es doch nicht deshalb schon besser, weil wir Christen sind. Aber weil wir Christen sind, sind wir unabweisbar herausgefordert mitzudenken und mitzutun bei der Bewältigung der scheinbar überwältigenden Probleme der Gegenwart: Den Krieg zu beenden, pluralistische Vielfalt in unserer Gesellschaft friedfertig zu leben, technologische Umwälzungen menschenfreundlich zu gestalten – und vor allem die überlebensnotwendige, schmerzliche und zukunfteröffnende ökologische Transformation entschlossen zu verwirklichen.

Wie das alles genau auszusehen hat, in welchen Schritten dies genau zu erfolgen hat, darüber haben wir Christen, haben die Kirchen kein gesondertes Wissen. Das ist vielmehr im demokratischen Streit zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur, zwischen den Generationen und in der Bürgergesellschaft auszuhandeln und in die Tat umzusetzen, in Veränderungen und Reformen der Zukunftsgestaltung. Und wir Christen haben uns daran kräftig und engagiert zu beteiligen: Antworten zu finden auf die Frage nach Alternativen zum herrschenden System der Wachstumswirtschaft, nach einer Politik der Abkehr vom Zwang zum Weiterso und Immermehr, nach realistischen und vielleicht sogar anstiftenden Vorstellungen von einem guten, gelingenden Leben, das möglich und vielleicht sogar erstrebenswert ist, wenn und weil unsere bisherige Wirtschafts- und Lebensweise nicht mehr haltbar, nicht mehr zukunftsfähig ist.

Christlicher Glaube kann und soll dazu starke Motivation sein und kräftige Hoffnung vermitteln wider alle Skepsis und Resignation, wider alle Apathie und Verzweiflung, wider alle Verlustangst und Verzichts-Apokalypse, wider alle Bequemlichkeit und störrische Abwehr! Nicht mehr, aber auch nicht weniger als Hoffnung.

Und die Überzeugung, die Botschaft, dass gutes, gelingendes Leben nicht identisch ist mit andauerndem wirtschaftlichen Wachstum und ständiger Wohlstandsvermehrung! Und dass individuelle Selbstverwirklichung angesichts der Bedrohung durch Krieg und Klimakatastrophe zweitrangig sein könnten. Und Selbsterhaltung nur als gemeinschaftliches Projekt gelingen kann. Gesellschaft und Demokratie bedürfen solcher Botschaft nüchterner Wahrhaftigkeit. Bedürfen der Hoffnung, die von Ängsten und Resignation frei machen kann. (Wir Christen könnten und sollten mit dieser Botschaft doch eigentlich ganz bei uns selbst sein, hoffe ich!)

Festgottesdienst zur Eröffnung des Jahresthemas "Wahrheit & Wahrhaftigkeit"

Veranstaltung der Ev. Kirchengemeinde Essen-Altstadt in Zusammenarbeit mit dem Forum Kreuzeskirche Essen e.V.